



NEWSLETTER 12/2016

FORUM | MIGRATION



© guukaa – Fotolia.com

Lohnzuschuss für Flüchtlinge

Anknüpfend an den Vorschlag der IG Metall für ein Integrationsjahr für Flüchtlinge haben Arbeitgeber, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit und BAMF ein branchenübergreifendes, vierstufiges Förderprogramm gestartet.

Dessen erste Phase sieht das Erlernen der deutschen Sprache im Integrationskurs vor. Nach etwa drei Monaten findet zeitgleich zum Integrationskurs eine von der BA geförderte Erprobung bei einem Arbeitgeber statt. Anschließend folgt die Integration in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Berufsbegleitend soll eine berufsanschlussfähige Teilqualifikation erworben werden – als Grundstein für weitere Qualifizierung oder eine Ausbildung. Das Besondere: Arbeitgeber können für diese Weiterbildungszeit einen finanziellen Zuschuss zum Entgelt erhalten, die BA übernimmt die Weiterbildungskosten. In der vierten und letzten Phase können weitere Qualifikationen oder die Aufnahme einer Ausbildung folgen. Unterstützt werden die Teilnehmer_innen durch spezielle Hilfen und bei Bedarf mit berufsbezogener Sprachförderung. Der Einstieg in das Modell ist für Arbeitssuchende und Arbeitgeber in jeder Phase möglich. „Das Konzept verbindet Spracherwerb,

Beschäftigung und Qualifizierung und schafft damit eine erste Voraussetzung für gute und nachhaltige Beschäftigung“, sagt Stefanie Janczyk, Ressortleiterin Allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beim Vorstand der IG Metall und Mitglied im Verwaltungsrat der Bundesagentur. Erst kürzlich hatten sich Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Chef von BAMF und Bundesagentur, Frank-Jürgen Weise, für Kombilohnmodelle für Flüchtlinge ausgesprochen. „Das Modell schließt eine Lücke sowohl für geflüchtete Menschen als auch für Geringqualifizierte“, sagt DGB Vorstand Annelie Buntenbach. „Ziel ist am Ende ein qualifizierender Abschluss, um beruflich im Fachkräftebereich Fuß fassen zu können.“ „Arbeit und gesellschaftliche Integration gehen Hand in Hand“, sagt Detlef Scheele, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit. „Nach unseren Erfahrungen ist ein ‚Work-First‘-Ansatz – schneller Kontakt mit der Arbeitswelt und ein echtes Gehalt vom Arbeitgeber – in Verbindung mit Qualifikation und einer langfristigen Beschäftigungsperspektive der beste Weg.“

Info-Flyer der Bundesagentur zu den neuen Fördermodellen:
<http://bit.ly/2ff6jLX> und
<http://bit.ly/2gcNcUV>

INHALT 12/2016

Lohnzuschuss für Flüchtlinge	1
Es hieß: „Machen Sie sich keine Hoffnung“	2
Meist kommen Pfleger_innen	2
Anerkennungs-News	2
Bevor die Lichter in der Türkei endgültig verlöschen	3
Amazon: Kolleg_innen streiken auch für Flüchtlinge	4
Afghanistan-Abschiebung: 30 Baustellen bestreikt	4
200.000 neue Schüler_innen	4
News + Termine	5
Von der Willkommens- zur Ablehnungskultur? – Von Manuela Bojadžijev und Benjamin Opratko, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung	6



Porträt Anerkennung: Dragan Zeljic, „DZ-Elektro“, Pullach

Es hieß: „Machen Sie sich keine Hoffnung“

Dragan Zeljic hatte Anzeigen aufgegeben, in der Münchner TZ, für 200 Euro pro Schaltung. Und im „Sendlinger Anzeiger“, dort war es etwas günstiger. Niemand meldete sich. Aber Zeljic brauchte dringend Verstärkung für die Büroausbau-Aufträge, die er bekommen hatte. Er ging zur Arbeitsagentur in München, mehrfach, aber jedes Mal hieß es: „Machen Sie sich keine große Hoffnung.“ Einen Elektroinstallateur, den er für seinen Installationsbetrieb DZ-Elektro im bayerischen Pullach hätte einstellen können, gab es nicht. „Nach einem halben Jahr habe ich aufgegeben“, sagt Zeljic. „Ich dachte: Das hat keinen Sinn mehr.“

Kurz darauf meldete sich die IHK München bei Zeljic. Sie hatte von seiner Suche gehört. Es gebe da einen Mann aus Bosnien, sagte der Mitarbeiter, ein gelernter Elektroinstallateur. Er habe während des Krieges in den neunziger Jahren vier Jahre in Deutschland als Flüchtling gelebt und die Schule besucht, also spreche er Deutsch. „Warum nicht?“, dachte Zeljic.

Zu dieser Zeit lebte der Bewerber noch in Bosnien. Von dort aus hatte er sich bei der IHK FOSA in Nürnberg gemeldet. Diese Zentralstelle der Handwerkskammern ist für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zuständig. Um nach Deutschland kommen zu können, brauchte der Mann einen vorläufigen Arbeitsvertrag. Zeljic unterschrieb alle nötigen Papiere, auch den Antrag bei der Arbeitsagentur, die der Einreise des Bosniers zustimmen musste. Wenige Wochen später fing er in Zeljics Elektrobetrieb an – als achter Mann.

Die Prüfung des Antrags auf Anerkennung seines bosnischen Abschlusses hatte ergeben, dass es einige Lücken gegenüber der deutschen Ausbildung für Elektroinstallateure gab. Eine davon lag im Bereich „Europäischer Installationsbus“ (EIB), ein Standard, der beschreibt wie Sensoren in einem Haus miteinander verbunden werden. „Das musste er bei mir lernen“, sagt Zeljic. 12 Monate hatte die IHK dafür Zeit gelassen. „Nach 9 Monaten war der neue Kollege soweit“, sagt Zeljic.

Er füllte ein Formular der IHK aus und bestätigte, dass der Mann bei DZ-Elektro gelernt hatte, wie der „Europäische Installationsbus“ funktioniert und auch die übrigen zuvor fehlenden Kenntnisse erworben hatte. Einen Monat später kam der Anerkennungsbescheid. „Der Kollege ist heute noch bei mir“, sagt Zeljic, der das Verfahren „nicht besonders kompliziert“ fand – und deshalb im nächsten Jahr gleich noch einen zweiten Elektroinstallateur aus Bosnien einstellte.

Meist kommen Pfleger_innen

Über 20.000 Menschen wollten im letzten Jahr ihre ausländischen Abschlüsse anerkennen lassen – mehr als je zuvor. Rund zwei Drittel von ihnen arbeiten in Gesundheitsberufen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden 2015 insgesamt 22.404 Anerkennungsverfahren bearbeitet, darunter 19.389 Neuansprüche – ein Plus von fast 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Knapp 13.000 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse wurden als „vollständig gleichwertig“, etwa 4.000 Anträge als „eingeschränkt gleichwertig“ beschieden. Dieser Anteil wuchs stark gegenüber dem Vorjahr. In solchen Fällen müssen die Antragsteller_in-

nen eine Zusatzqualifikation absolvieren. Abgelehnt wurden 450 Anträge.

Ein Blick auf die vertretenen Berufsgruppen zeigt, dass es vor allem Menschen aus Heilberufen sind, die in Deutschland ihre Ausbildung nutzen wollen: Fast 7.000 Pfleger_innen, über 6.300 Ärzt_innen und knapp 900 Physiotherapeut_innen waren darunter. Etwa die Hälfte der Antragsteller_innen hatte ihren Abschluss innerhalb der Europäischen Union erworben, rund 6.200 im übrigen europäischen Ausland, gut 5.000 im Rest der Welt. Die häufigsten Länder waren Rumänien (2.169), Polen (2.118) und Bosnien-Herzegowina (1.749).

Anerkennungs-News

Lehrkräfte in Hamburg starten Anpassungsqualifizierung

21 Lehrkräfte, die im Ausland ihre Qualifikation erworben haben, sind in Hamburg in die so genannte Anpassungsqualifizierung gestartet. Ähnlich dem Referendariat bilden sie sich dabei in der Praxis fort. Dies ist Voraussetzung für die vollständige Gleichstellung ihres Abschlusses.

Je nach Ausbildung dauert diese Phase 12 bis 18 Monate. In dieser Zeit unterrichten sie im Umfang einer halben Lehrerstelle. Parallel nehmen sie an didaktisch-methodischen Seminaren des Landesinstituts für Schule teil. Am Ende steht das Zweite Staatsexamen. Die meisten der neuen 21 Lehrkräfte in der Anpassungsqualifizierung kommen aus Russland, der Ukraine, Spanien, Griechenland und Weißrussland.

Im Jahr 2015 wurden in Hamburg insgesamt 189 Anerkennungsverfahren für ausländische Lehramtsabschlüsse geführt. 2016 sind bis Anfang Oktober über 200 Anträge eingegangen. 60 Prozent der Antragsteller haben einen Bescheid erhalten, mit dem sie sich bei Vorliegen der Sprachkompetenz für die Teilnahme an einer Anpassungsqualifizierung bewerben können. Viele dieser Lehrkräfte lassen diese aber aus und nutzen den Bescheid für eine Tätigkeit in einer Kita, als Tagesmutter oder als Schulbegleitung.

Jährlich nehmen zwischen 30 und 50 Lehrkräfte, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, das Angebot der Anpassungsqualifizierung an. Hamburg gilt als Vorreiter der Anerkennung ausländischer Lehramtsqualifikationen. Mehrere Bundesländer haben sich von Hamburger Fachleuten beraten lassen.

Neue Online-Plattform für Deutsch für ausländische Ärzt_innen und Pflegekräfte

Das Institut für Interkulturelle Kommunikation e.V. in Ansbach hat eine Online-Plattform für ausländische Ärzt_innen und Krankenpflegekräfte entwickelt. Diese können dort online und kostenfrei die Fachsprache trainieren. Die praxisnahen Übungen eignen sich zur Wiederholung und Festigung des Lernstoffs. Das mibeg-Institut Medizin empfiehlt die Lernplattform ergänzend zu den Seminaren zur Fachsprache Medizin und Pflege.

 <http://bit.ly/2gcalXX>

EU-Anerkennung juristische Berufe: Bundesrat fürchtet Entwertung des 2. Staatsexamens

Die Bundesregierung will eine EU-Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung juristischer Berufe umsetzen. Betroffen sind Rechtsanwälte, Patentanwälte sowie unter das Rechtsdienstleistungsgesetz fallende Berufe. Der Bundesrat hat die Pläne kritisiert und zahlreiche Änderungen gefordert. Nach Meinung der Länderkammer werde unter anderem das Zweite Juristische Staatsexamen in Deutschland entwertet.

 <http://bit.ly/2fjwQVf>

Neues Infoblatt Beglaubigungen von Kopien für Anerkennungsverfahren

Beglaubigte Kopien sind eine Voraussetzung für das Anerkennungsverfahren. Ohne sie verlangsamt sich der Prozess der Anerkennung. Den Betroffenen jedoch sind häufig die Vorschriften für die Beglaubigung nicht bekannt. Dazu hat das IQ Netzwerk Schleswig-Holstein jetzt ein Infoblatt in sieben Sprachen erstellt.

 <http://bit.ly/2gtWVsX>

 <http://bit.ly/2gc5CFI>



Bevor die Lichter in der Türkei endgültig verlöschen ...

Liebe/r Leser_innen, in jeder Ausgabe von Forum Migration finden Sie einen Gastkommentar. In diesem Monat haben wir einen zusätzlichen Gastbeitrag aufgenommen. Der Grund dafür ist die aktuelle Lage in der Türkei. Die immer heftigeren Angriffe der AKP-Regierung treffen Journalist_innen, Kurd_innen und Oppositionelle, sie richten sich aber zunehmend auch gegen Gewerkschafter_innen. Eine von ihnen ist Sakine Essen Yilmaz, die Generalsekretärin der türkischen Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen, seit vielen Jahren ein Partner der GEW. Sakine Essen Yilmaz musste aus der Türkei fliehen um ihrer Verhaftung zu entgehen. Unterstützt von GEW Kolleg_innen lebt sie seit Kurzem in Deutschland. Für Forum Migration beschreibt sie, wie das AKP-Regime versucht, die unabhängigen Gewerkschaften in der Türkei zu zerstören.

Die fahle Glühbirne von Erdoğan's AKP ist kaum mehr in der Lage, sich selbst zu erleuchten. Nun führt sie die Türkei in eine tiefe Finsternis. Vor dem Ersten Weltkrieg sagte der britische Außenminister Edward Grey: „In ganz Europa gehen die Lichter aus, wir werden es nicht mehr erleben, dass sie angezündet werden.“ Bedauerlicherweise wird heute die Türkei durch die Politik Erdoğan's und der AKP in solch eine Finsternis gestürzt. Das, was sich am 15. Juli ereignete und später als „Putschversuch“ bezeichnet wurde, war Erdoğan vorher schon bekannt. Doch statt diesen „Putschversuch“ zu verhindern benutzte er ihn, um gegen Oppositionelle vorzugehen. Seit diesem Tag wurden bis Mitte November 146 Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender und Nachrichtenagenturen geschlossen. 121 Journalistinnen und Journalisten, darunter auch Kadri Gürsel und Aslı Erdoğan, wurden inhaftiert. Tausende Menschen wurden in die Gefängnisse gesteckt; in den Gefängnissen, deren Kapazität sich vorher auf 183.000 belief, sitzen nun mehr als 220.000 Menschen ein. Unter den Inhaftierten befinden sich 9 Abgeordnete, darunter auch die Co-Vorsitzenden der HDP, Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş sowie die beiden Co-Oberbürgermeister der Stadt Diyarbakır, Gültan Kışanak und Fırat Anlı. 37 Stadtverwaltungen wurden unter Zwangsverwaltung gestellt.

Willkürlich, ohne irgendeinen Beschluss, wurde Internetzugang wiederholt behindert. In der Justiz wurden so viele Beschäftigte festgenommen bzw. suspendiert, dass die Gerichte ihre Arbeit nicht mehr leisten können. Die Dauer der Festnahme in Polizeigewahrsam wurde auf 30 Tage erhöht, 5 Tage kann Festgenommenen das Recht, einen Anwalt zu sehen, verwehrt werden, Gespräche zwischen Anwalt und Mandanten können aufgezeichnet werden. All diese Maßnahmen treten das Recht auf ein gerechtes Verfahren mit den Füßen, öffnen Folter und Misshand-

lungen Tür und Tor. Der Ausnahmezustand wurde ein zweites Mal verlängert. Damit wurde das Parlament de facto außer Kraft gesetzt. Mit den „Dekreten mit Gesetzeskraft“, die der Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten erließ, hat Recep Tayyip Erdoğan's Präsidialsystem à la Turka de facto begonnen. Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass das System nicht funktioniere und deswegen das Präsidialsystem eingeführt werden müsse. Es ist zwar richtig, dass das System nicht funktioniert, doch die AKP'ler verschweigen, dass die AKP-Regierung, die seit 14 Jahren regiert, für diesen Zustand selbst verantwortlich ist. Staatspräsident Erdoğan selbst hatte erklärt, er erkenne die Urteile des höchsten Gerichtes in seinem Land, nämlich des Verfassungsgerichtes, und das Ergebnis der Wahlen vom 7. Juni nicht an. Erdoğan höchstpersönlich hatte erklärt, er werde die Opposition, allen voran die Kurden, zermalmern und unterwerfen, mit einem Plan, der den Namen „Çökertme“ (sinngemäß: „niederwerfen“, „unterwerfen“) trägt.

Das trifft selbstverständlich insbesondere die Arbeiter ganz massiv. Die AKP arbeitet daran, eine Gesellschaft auf der Grundlage der Ideologie „sunnitisch türkisch“ zu erschaffen. Dafür gründet sie zum einen eigene Stiftungen, Vereine und Gewerkschaften, um die bereits bestehenden oppositionellen Gewerkschaften und Vereine zu schwächen, zum anderen greift sie in die Schul- und Bildungspolitik ein, um den angestrebten gesellschaftlichen Wandel langfristig umzusetzen. Die Machtergreifung am 15. Juli hat die für diesen gesellschaftlichen Umbau notwendigen Bedingungen geschaffen. Nicht nur auf Journalisten und Politiker, sondern ebenso auf Gewerkschaften und Gewerkschafter wurde der Druck massiv erhöht. Während in der Türkei nur 9% der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, beträgt der Anteil bei den Angestellten im öffentlichen Dienst 79,1%. In der Konföderation der Arbeiter sind die Arbeitergewerkschaft „Hak Is,“ und die Angestellten- und Beamtengewerkschaft „Memur Sen“, die der AKP nahestehen, die mitgliederstärksten Gewerkschaften. Auf die Mitglieder der anderen Gewerkschaften wird Druck ausgeübt, sie werden zwangsversetzt, entlassen oder zur Kündigung gezwungen. Damit will man sie zum Eintritt in die AKP-nahen Gewerkschaften zwingen.

Mitglied der Eğitim Sen (Gewerkschaft für Beschäftigte in der Bildung) und „KESK“ (Konföderation der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter) zu sein bedeutet, Entlassungen und Festnahmen in Kauf zu nehmen. Alle Vorstandsmitglieder von „Eğitim Sen“ und „KESK“ stehen unter Druck, ihnen wird mit Gefängnis gedroht; zehntausende Mitglieder dieser Gewerkschaften wurden entlassen. Seit dem 15. Juli ist diese Situation noch massiver geworden. Unter dem Vorwand der Nähe zu Gülen wurden 19 Gewerkschaften geschlossen, mehr als 70.000 Lehrerinnen und

Lehrer wurden entlassen. Ohne irgendeine Ermittlung durchzuführen, wurden 9.400 Lehrerinnen und Lehrer, die Mitglied der „Eğitim Sen“ waren, suspendiert, 676 Personen wurden entlassen, 283 Personen wurden zwangsversetzt. Alle Protestaktionen wurden verboten, die Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken gegen alle Aktionen der Gewerkschaft vor. Bei jeder Aktion wurden hunderte Protestierende festgenommen. Um die Oppositionellen in der Türkei zu unterdrücken und zu vernichten und den wirtschaftlichen Stillstand und Rückgang zu überwinden, greift die AKP auf die nationalistischen und konservativen Reflexe in der Gesellschaft zurück und sorgt dafür, dass diese lebendig bleiben. Sie steigert die Dosierung der türkisch-islamischen Propaganda und greift damit auf die Methode zurück, die bereits den Osmanen zum Verhängnis wurde. Die AKP-Regierung versucht um jeden Preis Mossul zurückzuerlangen und die Existenz der Kurden in Syrien zu verhindern. Sie schickt dafür ihre Soldaten nach Syrien und in den Irak und unterstützt indirekt den IS und ähnliche Gruppen in dieser Region.

Trotz dieser antidemokratischen Kriegspolitik haben die europäischen Staaten sehr lange geschwiegen, um ein Rücknahmeabkommen mit der Türkei vereinbaren zu können. Sie haben gezeigt, dass Interessen Vorrang vor Werten haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Waffenexporten an die Türkei im Wert von 76,4 Millionen Euro die Türkei von Rang 25 der Länder, in die sie Waffen exportiert, auf Rang 8 gebracht. Das Flüchtlingsabkommen hingegen funktioniert nicht, es kommen weiterhin syrische Flüchtlinge nach Deutschland. Die zunehmende Unsicherheit in der Türkei führt dazu, dass immer mehr türkische Staatsbürger nach Deutschland flüchten. Im ersten Halbjahr 2016 haben 3.973 Personen aus der Türkei Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Das sind doppelt so viele wie im ganzen Jahr 2015.

Allen Verboten und allen Verträgen zum Trotz finden die Menschen einen Weg. Sie nehmen den Tod in Kauf und machen sich auf den Weg, denn in ihrer Situation unterscheidet sich ihr Leben nicht wesentlich vom Sterben oder vom Tod. Wenn irgendwo in der Welt Krieg und Wirtschaftskrisen herrschen, werden die sicheren und stabilen Staaten durch Flucht und andere Faktoren mit beeinflusst. Globalisierung bedeutet nicht nur die Zirkulation des Kapitals, sondern gleichzeitig auch die Zirkulation der Probleme. Europa ist nun mit dieser Realität konfrontiert, mit der der Kapitalismus nicht gerechnet hatte. Die Lösung liegt auf der Hand. Dafür müssen die Verträge über Waffenverkäufe annulliert werden. Die Solidarität und Zusammenarbeit der Unterdrückten ist außerordentlich wichtig.

Wir müssen den Mut aufbringen und STOPP! zu Erdoğan und seiner Politik sagen, bevor in der Türkei die Lichter endgültig verlöschen.



Amazon: Kolleg_innen streiken auch für Flüchtlinge

Seit 2013 kämpfen ver.di Aktive am Amazon-Standort Bad Hersfeld für einen Tarifvertrag. Für das Weihnachtsgeschäft hat der Versandkonzern nun Asylsuchende eingestellt. Wie alle befristet Beschäftigten bekommen sie rund 2 Euro weniger Lohn.

Die Frühschicht an einem Montag Mitte November lief seit vier Stunden, da nahm Anis Ziteoun die Trillerpfeife in die Hand und zog mit den anderen Kollegen der ver.di Streikleitung durch die Hallen des Amazon-Logistikzentrums FRA1 in Bad Hersfeld.

Fast 4.000 Menschen packen in Bad Hersfeld Pakete für den US-Versandgiganten, seit drei Jahren wird dort kontinuierlich gestreikt. „Wir wollen den Tarifvertrag für den Einzel- und Versandhandel“, sagt Ziteoun, 40 Jahre, 1993 aus Tunesien nach Deutsch-

land eingewandert. Seit 2003 arbeitet er für Amazon in Bad Hersfeld, seit 2009 ist er bei ver.di organisiert.

Fast 600 Kolleg_innen schlossen sich an dem Morgen an, sie zogen vor das Werkstor, blieben dort bis Schichtende und riefen die ankommenden Kolleg_innen der Spätschicht auf, es ihnen gleichzutun. Der Ausstand war bewusst während des für Amazon so wichtigen Weihnachtsgeschäfts gewählt.

Um dieses bewältigen zu können hat Amazon in diesem Jahr besondere Verstärkung eingestellt: Deutlich über 100 Asylsuchende arbeiten seit dem Herbst in Bad Hersfeld – und bekommen wie die übrigen befristet Beschäftigten weniger Lohn als die festangestellten Kolleg_innen: „Wir kriegen 12,70, die Asylsuchenden 10,71 Euro brutto die Stunde“, sagt Ziteoun.

Streiken würden diese nicht. „Die haben nur einen befristeten Vertrag und hoffen auf eine Übernahme nach Ende des Weihnachtsgeschäfts im Januar“, sagt Ziteoun. Zudem seien die wenigsten gewerkschaftlich organisiert und hätten entsprechend keinen Anspruch auf Streikgeld. „Sie müssen sich erstmal integrieren und sehen wie das mit den Streiks läuft, das ist ihnen nicht so geläufig“, sagt Ziteoun. Die meisten von ihnen stammen aus Syrien oder dem Irak, sie sind noch nicht lange in Deutschland. Ziteoun hat mit vielen von ihnen auf Arabisch gesprochen. „Mit den Herzen und Gedanken sind sie bei uns“, sagt Ziteoun. „Sie sagen: Das ist genau richtig was ihr macht, kämpft für eure Rechte.“ Dass es auch ihre Rechte sind, davon will Ziteoun sie noch überzeugen.

 <http://www.amazon-verdi.de>

Afghanistan-Abschiebung: 30 Baustellen bestreikt

So sieht betriebliche Willkommenskultur aus: Weil ihr Kollege Tavus Qurban nach Afghanistan abgeschoben werden sollte, bestreikten 220 Mitarbeitende der bayrischen Baufirma Strasser Ende September mehr als 30 Baustellen. Jetzt könnte der Mann ein Bleiberecht bekommen.

„Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass voll integrierte Flüchtlinge, die inzwischen Jahre bei uns tätig sind und niemanden mehr auf der Tasche liegen, abgeschoben werden“, hieß es zum Streik auf der Facebook-Seite der Baufirma. „Wir haben unseren Beitrag als mittelständisches Unternehmen zum Thema Integration geleistet – nun erwarten wir dasselbe von den Behörden und fordern daher: endlich einen Pass und eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis

für Tavus!“ Die Resonanz war überwältigend: Fast 120.000 Menschen „gefiel“ die Aktion, überregionale Medien berichteten von den kämpferischen Bauarbeitern. „Wir erklären uns solidarisch mit unserem afghanischen Kollegen Tavus Qurban, der unser Unternehmen seit 5 Jahren ununterbrochen mit seiner Arbeitskraft unterstützt“, hatten diese in einer Erklärung geschrieben. „Tavus bestreitet seinen Lebensunterhalt alleine, verdient sein eigenes Geld, bezahlt Steuern und Krankenversicherung, wie jeder andere berufstätige Mitbürger auch.“

Die Arbeitserlaubnis von Qurban endete am 1. Oktober. Das Landratsamt Altötting wollte sie nicht verlängern, weil Qurban nicht dabei mitgewirkt habe, einen Pass zu beschaffen. Der Strasser-Firmenchef Stefan Birnbacher sagte hingegen der „Welt“, Qurban habe sich sehr wohl um einen Pass bemüht, allerdings ohne Erfolg.

Im November hieß es bei Strasser, dank der vielfachen Unterstützung für Qurban habe sich in der Sache „einiges bewegt“. Zwar sei die Arbeitserlaubnis vorerst nicht verlängert worden, doch Qurban werde von den Behörden dabei unterstützt, einen afghanischen Pass zu erhalten. Das sei die Voraussetzung für eine neue Arbeitsgenehmigung. Für Ende des Monats rechne das Unternehmen mit einem Ergebnis. „Die Geschäftsleitung sowie alle Kolleginnen und Kollegen hoffen, dass er dann wieder schnellstmöglich in unsere Gemeinschaft aufgenommen werden kann.“

 <https://www.facebook.com/Strasserbau>

200.000 neue Schüler_innen

So viele Menschen im schulpflichtigen Alter sind 2015 neu nach Deutschland zugewandert

Legende: %-Anteil der 2015 zugewanderten an der Gesamtzahl der 6- bis 18-Jährigen (absolute Zahl)

Deutschland gesamt	2,03% (200.259)	Bremen	3,62% (2.799)	Rheinland-Pfalz	1,73% (8.495)
		Hamburg	2,35% (4.727)	Saarland	3,64% (3.983)
Baden-Württemberg	1,92% (26.619)	Hessen	2,16% (16.394)	Sachsen	1,88% (7.981)
Bayern	1,98% (31.127)	Mecklenburg-Vorpommern	2,59% (4.360)	Sachsen-Anhalt	2,07% (4.654)
Berlin	3,24% (12.148)	Niedersachsen	1,91% (19.318)	Schleswig-Holstein	1,52% (5.429)
Brandenburg	1,43% (3.859)	Nordrhein-Westfalen	1,99% (44.342)	Thüringen	1,79% (4.024)



News + Termine

Syrer: Gerichte uneins über Schutzstatus

Der Status syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge bleibt juristisch umstritten. Ende November entschied das Oberverwaltungsgericht Schleswig im Fall einer Syrerin, dass es rechtmäßig ist, ihr nur den untergeordneten subsidiären Schutz zu gewähren. Zuvor hatten mehrere Verwaltungsgerichte entschieden, dass syrischen Flüchtlingen der volle Schutz nach der Genfer Konvention zusteht. Mit diesem Status können Flüchtlinge ihre engsten Familienangehörigen nachholen, was subsidiär Schutzberechtigten derzeit verwehrt wird. Das Oberverwaltungsgericht in Schleswig-Holstein erklärte, syrische Flüchtlinge, die keine individuelle Verfolgung vor der Ausreise aus ihrem Heimatland erleiden mussten, könnten die Anerkennung nicht allein wegen ihres Auslandsaufenthaltes beanspruchen. Rückkehrern drohe nicht „mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ politische Verfolgung. Genau das hatte tags zuvor das Verwaltungsgericht Düsseldorf anders gesehen. Voraussichtlich muss nun das Bundesverwaltungsgericht entscheiden.

Kamerunischer Bäckerlehrling: Minister stoppt Abschiebung

Die Abschiebung eines Bäckerlehrlings aus Kamerun ist in letzter Minute gestoppt worden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe kurzfristig entschieden, das Asylverfahren des 29-Jährigen in Deutschland weiterzuführen, bestätigte das Brandenburger Wirtschaftsministerium. „Ich bin überglücklich“, sagte Julio Kengne, als Landeswirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) ihm die Nachricht persönlich in der Backstube überbrachte. Der Flüchtling will nun seine Ausbildung bei der Bäckerei Fischer abschließen. Ursprünglich sollte der Kameruner, der Anfang September mit Zustimmung der Ausländerbehörde seine Ausbildung bei der Bäckerei begonnen hatte, nach Italien abgeschoben werden. Denn dort hatte er nach einer gefährlichen Flucht über das Mittelmeer in einem Schlauchboot zum ersten Mal europäischen Boden betreten. Nach dem so genannten Dublin-Verfahren wäre somit Italien für das Asylverfahren zuständig. Doch Minister Gerber hatte sich gemeinsam mit der Handwerkskammer beim Bundesamt für den Auszubildenden eingesetzt. „Zuvorderst geht es mir darum, dass wir für Handwerk und Industrie den Nachwuchs sichern“, sagte der SPD-Politiker. Viele Lehrstellen seien unbesetzt, viele Unternehmen suchten händeringend Leute.

<http://bit.ly/2gzZquu>

McKinsey: 20 Millionen Euro für Beratung bei Flüchtlingskrise

Für seine Beratungsleistung in der Flüchtlingskrise hat das Unternehmen McKinsey bisher mehr als 20 Millionen Euro vom Bund erhalten. Seit Herbst 2015 kassierte das Beratungsunternehmen 15,5 Millionen

Euro für Aufträge des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wie der „Spiegel“ unter Berufung auf die Behörde berichtete. Hinzukommen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) 4,96 Millionen Euro für die Unterstützung eines gemeinsamen Arbeitsstabs von BAMF und BA. Nicht eingerechnet sind dabei dem Bericht zufolge 488 Arbeitstage im Wert von 1,1 Millionen Euro, die Berater des Unternehmens für den Arbeitsstab leisteten. Dabei habe es sich um eine Art Rabatt gehandelt, sagte ein Unternehmenssprecher. Den Vorwurf, kostenlose Beratertage „pro bono“ angeboten zu haben, um an weitere Aufträge des Bundes zu gelangen, wies McKinsey zurück. Während der Flüchtlingskrise hatte das BAMF wegen Eilbedürftigkeit auf eine Ausschreibung der externen Beratungsleistungen verzichtet. Nun hat die Behörde für die kommenden vier Jahre insgesamt etwa 42.400 Beratertage ausgeschrieben.

<http://bit.ly/2dRxUqx>

Mindestlohn:

Kontrolleure noch immer unterbesetzt

Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) leidet nach wie vor an starkem Personalmangel. Das berichtet die Neue Osnabrücker Zeitung. Laut einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums an eine Grünen-Abgeordnete waren bei der FKS zum 1. August von 6.865 Planstellen 545 nicht besetzt. Rechnet man die Mitarbeiter hinzu, die an das BAMF ausgeliehen waren, fehlen 708 Kontrolleure, rund 10 Prozent des Personals. 2015 hat die FKS knapp 43.700 Betriebe kontrolliert – rund ein Drittel weniger als im Jahr zuvor. Für Schwarzarbeit ist die Baubranche besonders anfällig, aber auch die Fleischbranche und die häusliche Pflege. Häufig sind dort Arbeiter aus Osteuropa unterhalb des Mindestlohns und zu schlechten Arbeitsbedingungen angestellt. Die Grünen kritisieren, dass die Bundesregierung zu wenig getan hat, um für bessere Arbeitsbedingungen für entsandte Beschäftigte zu sorgen. Den 17 von der Bundesregierung geförderten Beratern des Beratungsnetzwerks „Faire Mobilität“ stehen hunderttausende entsandte Beschäftigte pro Jahr gegenüber. Auf der Internetseite des Zolls gebe es zwar Informationen, aber nicht in den Sprachen der osteuropäischen Länder, wo viele herkommen.

„Migrantische“ Streiks: Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutierte über Arbeitskämpfe

Anfang Oktober versammelten sich in Frankfurt am Main rund 700 Menschen zur 3. Streik-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mitveranstalter waren die ver.di Jugend, und ver.di Bezirk Frankfurt am Main, GEW Hessen, NGG und IG Metall Frankfurt. Unter anderem wurde über migrantische Streiks diskutiert, weiteres Thema war der Vormarsch der AfD.

Bericht von der Streikkonferenz: <http://bit.ly/2a4HsMT>

Vielfalt Mediathek Filmtipp:

Leaving Greece

Für den Großteil der Flüchtlinge ist die Ägäis das Tor nach Europa. Auch die drei afghanischen Jugendlichen Hosseini, Reza und Kaka stranden voller Hoffnung auf Freiheit und Frieden in Griechenland – einem Land, das finanziell am Boden liegt und dem Flüchtlingsansturm nicht mehr gewachsen ist. Drei Jahre lang versuchen sie, trotz EU-Abschottungspolitik, aus menschenunwürdigen Verhältnissen weiter nach Westeuropa zu kommen. LEAVING GREECE erzählt die sehr persönliche Geschichte dieser drei Freunde, für die Fluchtversuche, Angst und Verfolgung den Alltag bedeuten. Ein ebenso bewegender wie beschämender Dokumentarfilm.

Deutschland, 2013, Anna Brass, UT: Deutsch, Englisch 80 min

<http://bit.ly/2gdeL00>

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Nordrhein-Westfalen

Teil I: 09. bis 10. Dezember 2016

Teil II: 16. bis 17. Dezember 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

Teil I: 20. bis 21. Januar 2017

Teil II: 03. bis 04. Februar 2017

Veranstaltungsort: Hannover

Nordrhein-Westfalen

Teil I: 10. bis 11. März 2017

Teil II: 17. bis 18. März 2017

Veranstaltungsort: NN

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

Teil I: 17. bis 18. März 2017

Teil II: 24. bis 25. März 2017

Veranstaltungsort: Kassel

Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und

Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

Teil I: 31. März bis 01. April 2017

Teil II: 07. bis 08. April 2017

Veranstaltungsort: Hamburg

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 28. bis 29. April 2017

Teil II: 05. bis 06. Mai 2017

Veranstaltungsort: Berlin

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



Von der Willkommens- zur Ablehnungskultur?



© Fotos: privat

Kommentar von Manuela Bojadžijev und Benjamin Opratko, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung

„Das Schlimmste“, das sei „ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist“. Der Satz flog dem CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer um die Ohren, kaum war er in die mediale Öffentlichkeit eingespeist. Empörung schlug ihm aus allen Ecken der Republik entgegen, selbst aus Teilen der eigenen Partei. Man könne doch nicht über Jahre lautstark die angeblich unzureichende Integration nach Deutschland Zugewanderter bemäkeln, um dann ausgerechnet das Gelingen eben jener Integration zum Problem zu erklären. Was sollte schließlich stichhaltiger als Ausweis gemeinschaftlicher Eingliederung gelten als die Verinnerlichung des Heiligsten bayrischer Leitkultur: Fußball und Kirche?

Es lohnt sich, einen genaueren Blick auf diese Aussage zu werfen. Sie wurde schließlich nicht von der Privatperson Scheuer im Kreise von Vertrauten gemacht, sondern von dem Bundestagsabgeordneten und CSU-Generalsekretär vor versammelter Presse. Und auch wenn ihr überwiegend Kritik entgegen schlug, verweist sie doch auf einen realen Widerspruch im dominanten, großkoalitionären Umgang mit dem Thema Migration. Dieses ist von zwei zentralen Axiomen geprägt: Der ökonomischen Nützlichkeit und der kulturellen Integration. Das erste kreist um Argumente wie den Mangel an Facharbeitskräften, demografischen Wandel und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen in der globalen Standortkonkurrenz. Das zweite um die Idee einer deutschen Leitkultur, an die sich all jene anzupassen hätten, die von Nah und Fern ins Land kommen. Deutsche Migrations- und Integrationspolitik bewegt sich in weiten Teilen als ein permanenter, bisweilen konflikthafter Aushandlungsprozess zwischen diesen beiden Richtlinien.

Dass diesen Richtlinien selbst jeweils zweifelhafte politische Konzepte zu Grunde liegen hat dem bislang keinen Abbruch getan. Das Axiom der Nützlichkeit reduziert Menschen auf ihre ökonomische Verwertbar-



keit. Nicht zuletzt wird es von Unternehmensverbänden eingesetzt, um den Druck auf den Arbeitsmarkt sowie auf die ohnehin schwachen Sozialsysteme zu erhöhen – es war kein Zufall, dass der Bund der Industriellen die Unterstützung für Merkels Flüchtlingspolitik mit der Forderung nach einer Aufweichung des Mindestlohns verknüpfte. Das Leitbild der kulturellen Integration wiederum ist dem Fantasma einer einheitlichen und statischen „deutschen Kultur“ ebenso verpflichtet wie der rassistischen Vorstellung, dass „kulturfremde“ Personen sich dieser vorbehaltlos anzupassen hätten, um ein friedliches und bekömmliches Zusammenleben zu ermöglichen. Funktionaler Bestandteil des Konzepts ist dabei, dass Integration wie der Regenbogen am Horizont erscheinen muss, der bei aller Anstrengung doch nie erreicht werden kann. Vielleicht war es Scheuers unverzeihlicher Fehler, dass er dieses Dunkel konservativer Integrationspolitik so offen zur Schau gestellt hat.

Scheuers Provokation war aber nicht bloß „inhaltlich doof“, wie der Münchner Merkur bedauernd schrieb. Sie verweist darauf, dass die fragile migrationspolitische Balance zunehmend unter Druck gerät. Sie wurde zunächst von jenen aus dem Gleichgewicht gebracht, die sich im Sommer 2015 auf der Flucht vor Krieg und Elend auf den Weg nach Europa gemacht hatten. Die Flüchtenden ließen Grenzen hinter sich und konfrontierten die europäische und deutsche Öffentlichkeit damit, dass jenseits von volkswirtschaftlichem Kalkül und kulturellen Assimilationsfantasien eine Realität globaler Flucht- und Migrationsbewegungen existiert. Diese Öffentlichkeit reagierte darauf – zumindest in Teilen – mit einer bemerkenswerten Welle der Solidarität und praktischen Hilfe. Sie eignete sich dabei einen Begriff an, der schnell zum geflügelten Wort wurde. Die „Willkommenskultur“ steht als Sammelbegriff für eine Vielzahl solidarischer Praxen und beförderte das Engagement zahlreicher, häufig neu aktivierter Menschen. Dass in diesem Zusammenhang Haltungen zumindest kurzfristig instabil wurden, illustrieren symbolträchtige Episoden: Etwa als Bild- und Berliner Zeitung eine vierseitige Beilage in arabischer Sprache produzierten, die Geflüchteten unter dem Titel „Willkommen in Berlin“ die erste Orientierung in der Hauptstadt erleichtern sollte.

Parallel zu den Praxen der Unterstützung, und medial wie politisch als ihr Gegenstück gerahmt, traf die Mobilität und Unterbringung von Geflüchteten aber auch auf Praxen der Entsolidarisierung. Das Gegenstück zur Willkommenskultur formiert sich seither zunehmend stärker: Wir können es die Ablehnungskultur nennen. Sie äußert sich in Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte ebenso wie in gewalttätigen Übergriffen und Anschlägen. Parteipolitisch wird sie besonders von der AfD repräsentiert und geschürt. An die Stelle des „Wir schaffen das“ trat, so konstatierte die deutsche Historikerin Fatima El-Tayeb jüngst, an vielen Orten ein „Wir wollen das nicht schaffen“. Angelpunkt der Ablehnungskultur ist aber nicht nur die Opposition zur Willkommenskultur, sondern auch die Brückierung der bislang dominanten Migrationspolitik. Ökonomischer Nutzen und Integrationsanforderungen werden in ihr hinter ein nationalistisches Reinheitsgebot gestellt. Egal wie nützlich oder integriert sie scheinen: Sie wollen die Fremden nicht hier haben – und die, die ihnen fremd scheinen, müssen weg. Genau deshalb ist der ministrierende Bolzplatzkicker aus dem Senegal auch für Andreas Scheuer „das Schlimmste“: weil er ihn nicht mehr abschieben kann.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

